

Verwahrlost und grausam

Zu: „830 Visa für Ortskräfte“, FR-Politik vom 12. Oktober

Es hätten mehr Menschen gerettet werden könne. Am 23. Juni wurde ein Antrag der Grünen abgelehnt. Gefordert wurde eine großzügige Aufnahme afghanischer Ortskräfte und deren Angehörigen. Dies wäre der Moment gewesen, die Ausreise der Betroffenen zu organisieren. Abgelehnt wurde der Antrag von CDU, SPD und AfD, enthalten hat sich die FDP. Auf die Frage, warum der Antrag abgelehnt wurde, antwortet Roderich Kiesewetter (CDU): Weil es die gute Regel gebe, dass die Koalitionsfraktionen gemeinsam gegen Oppositionsanträge stimmen. Sonst könne man nicht regieren.

Ich empfinde dies als eine vollkommen verwahrloste Haltung. Da sitzen Abgeordnete, die lebenswichtige Entscheidungen treffen müssen, es geht um Folter und Mord an Ortskräften, und unsere Volksvertreter orientieren sich nicht etwa an Verpflichtung und Humanität, sondern halten sich an Business as usual. Einmal Achselzucken und weiter zum nächsten Punkt der Tagesordnung. Alle Abgeordneten, die diesen Antrag abgelehnt haben, sind in meinen Augen mitverantwortlich für den Tod und die Folter an den Ortskräften, die es nicht schaffen aus Afghanistan zu fliehen. Die Verrohung und Gleichgültigkeit dieser Abgeordneten empfinde ich als grausam. Andrea Zech, Offenbach



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem Politikwissenschaftler Frank Deppe über dessen neues Buch „Sozialismus“.

Anmeldung:
buero@club-voltaire.de
Zuganglink auf der Webseite.
Dienstag, 19. Oktober, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Peter Hanack moderiert die Gesprächsrunde zur Frage, wie Bildungsmedien Antisemitismus fördern oder ihm entgegenwirken. Mit Daniel Botmann (Geschäftsführer des Zentralrats der Juden) u.a.
Mittwoch, 20. Oktober, 12.45 Uhr
Frankfurter Buchmesse, Halle 3.1, Stand C20

Peter Hanack leitet die Diskussion „Was darf gute Bildung kosten?“ Wie gut sind die digitalen Angebote? Auf dem Podium: Diana Knodel (Fobizz), Peter Schell (Geschäftsführer Westermann Gruppe) u.a.
Mittwoch, 20. Oktober, 15.30 Uhr
Frankfurter Buchmesse, Halle 3.1, Stand C20

Karin Dalka moderiert die Veranstaltung „Haltung zählt – Anspruch und Geschichte der Frankfurter Rundschau“, bei der ehemalige und aktuelle Redakteurinnen und Redakteure auf 75 Jahre FR blicken. Mit Richard Meng, Thomas Kaspar, Wolf Gunter Brüggemann, Jutta Roitsch und Pitt von Bebenburg. online unter fr.de/eventvideo. Anmeldung unter fr.de/ueber-uns/anmeldung (Stichwort: Haltung). Die Teilnehmerzahl ist begrenzt (3G-Regeln).
Donnerstag, 21. Oktober, 19 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Mentale Abhängigkeit

Facebook: „Die Schattenseiten des ewigen Wachstums“, FR-Tagesthema v. 6.10.

Facebook-Chef Zuckerberg wird immer wieder Vorwürfe zurückweisen, das Online-Netzwerk stelle Profite über das Wohl seiner Nutzer – und er wird in bekannter Form seine edlen weltverbindenden Absichten postulieren. Dies nicht erst nach diesem jüngsten Betriebsunfall. Auch die von Thomas Kaspar (FR-Kommentar vom 6.10.) geforderte „überfällige Diskussion“ bekommt langsam einen langen Bart. Wie lange will man noch über die Schattenseiten des ewigen Wachstums schreiben? Wie lange noch will man den Club of Rome zitieren?

Wenn wir am Beispiel von Facebook nicht verstehen, in welcher Systemfalle und in welchen Machtzentren wir uns von den Mega-Konzernen gefangen halten lassen, dann ist die Debatte einmal beendet. Facebook oder Amazon werden uns jedenfalls nicht vor der Klimakatastrophe retten und die Welt nicht gerechter machen, auch wenn wir kreuz und quer rund um den Globus Bilder tauschen. Das lineare Wachstumsdenken sollte längst auf dem Müllplatz der Geschichte gelandet sein. Der Wahnsinn, der sich aus diesem Fortschrittsglauben entwickelt hat, kann förmlich mit allen Sinnen erfasst werden! Dazu zählt auch das Maß der Technologisierung zur Rettung des Planeten, dessen Rohstoffverbrauch der Umweltzerstörung den letzten Rest gibt.

Das Problem hat aber nicht nur die Seiten der Geschäftsgebaren der Konzerne oder die der Halbherzigkeit der Politik, deren Macht und Wachstum einzugrenzen, sondern auch die verschiedenen Seiten unserer Verführbarkeit und der Anpassung an die Verhältnisse. Wir machen das alles mit, amüsieren und daddeln uns zu Tode. Ich weiß nicht, wie viele Nutzer durch den stundenlangen Netzausfall von Facebook vor einem Nervenzusammenbruch gestanden haben, aber da die Hälfte der Weltbevölkerung bei Facebook angemeldet ist, dürften es einige gewesen sein. In welcher Abhängigkeit hat sich die Menschheit seit Zuckerbergs Welterfindung begeben? Verfüht von den Allmachtsfantasien und Herrschaftsplänen dieser Garagen-Ingenieure.

Mit Feuer und Schwert kann man diesen Herrschafts- und Wachstumswahn nicht bekämpfen. Denken würde helfen! Und von einem Freiheitsgedanken Gebrauch machen, der über die Banalitäten der neuen Protestbewegungen seit Corona hinausgeht.

Die ehemalige Facebook-Managerin Frances Haugen und aktuelle Whistleblowerin sagte: „Facebook formt unsere Wahrnehmung der Welt durch die Auswahl der Informationen, die wir sehen.“ Das ist in einem erschreckenden Maße schon passiert. Jürgen Malyssek, Wiesbaden

Dieser Weg ist falsch

Zu: „Wenig Andrang bei Schnelltests“, FR-Regional vom 13. Oktober

Das Ende der kostenlosen Corona-Test ist auch ein Aufruf, sich impfen zu lassen, die geimpft werden können. Aber der Weg dorthin, mit der Abschaffung der kostenlosen Tests, die Aufforderung von 2G anstelle von 3G und der beachteten Einstellung der Lohnfortzahlung für ungeimpfte Menschen, die in Quarantäne müssen, ist definitiv der falsche. Finanziellen Druck aufzubauen und Menschen auszugrenzen, passt zwar in unsere Zeit, hat aber mit der viel beschworenen Solidarität während der Corona-Pandemie nichts, aber auch gar nichts zu tun. Eine medizinisch-ethische Entscheidung zur Existenzfrage von ganzen Familien zu machen, wird nur der dahinsiechenden Querdenkerbewegung nutzen und natürlich der nächsten Infektionswelle.

Jochen Dohn, Hanau-Mittelbuchen

Diskussion: frblog.de/3g

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20211018

Fahrlässige Tötung

Madagaskar: „Jahre der Dürre“, FR-Panorama vom 14. Oktober

Als ich, mittlerweile 76 Jahre alt, geboren wurde, zählte die Weltbevölkerung knapp 1,5 Milliarden. Inzwischen sind es mehr als acht Milliarden. Wenn ich dann etwas lese von einem 46-jährigen Vater von acht Kindern, stelle ich die Frage: Wissen diese Väter nicht, dass Verkehr zu Schwangerschaften und Geburten führen kann?

Jedes Kind, das zur Welt kommt, verlangt die Stillung seiner Grundbedürfnisse. Und wo in Hungergegenden die Bedürfnisse von zwei Kindern nicht gestillt werden können, kann dies bei acht Kindern erst recht nicht geschehen. Also hilft nur, den Menschen Geld dafür zu geben, dass sie keine Kinder bekommen, und die, die zur Welt kommen, einigermaßen gut aufwachsen. Das wussten schon unsere Eltern und Großeltern. Alles andere ist fahrlässige Tötung. Wenn derzeit bereits viele Hunger leiden, wie soll das in ein paar Jahren aussehen, wenn jetzt bereits Samen gesen werden und Brunnen austrocknet sind?

Übrigens habe ich von meiner angesparten Rente bereits vor Wochen 1000 Euro nach Madagaskar überwiesen.

Wolfgang Fladung, Bad Camberg

Polen gibt vorsätzlich ein schlechtes Beispiel

Zu: „EU muss durchgreifen“, FR-Meinung vom 12. Oktober

Auch in der EU hat alles seinen Preis

Schauen wir uns die hinzugekommenen Staaten im EU-Raum an, diese aus dem ehemaligen Ostblock kommen. Was sie in der EU suchen: nicht die Demokratie. Es gibt nur eines, was sie zu uns führt: das Milliardengeld aus dem EU Haushalt.

Bis vor kurzem hatte die EU gar kein probates Mittel gegen die Achse Polen-Ungarn, weil beide Länder sich im sogenannten Artikel-7-Verfahren, das zum Verlust der Stimmrechte in der EU führen kann, gegenseitig schützen. Wie man allerdings Verträge abschließen kann, die nach Jahren als verfassungswidrig benannt werden, versteht man nicht. Der ungarische Regierungschef Viktor Urban sagte vor einiger Zeit, es gebe in der EU keine Einheit der Werte. Wenn die Mehrheit der Polen und Ungarn die EU verlassen möchten, sollten sie das mit allen Konsequenzen auch vorantreiben.

Wer sich die EU anschaut muss sich schon fragen: Warum will sich dieser Staaten-Block immer weiter vergrößern? Inzwischen besteht er aus 27 Ländern und möchte noch mehr Länder aufnehmen. Hierbei fällt auf: All diese neuen Staaten kennen nur einen Begriff, sie be-

trachten den EU-Haushalt als einen Selbstbedienungsladen. Ansonsten fahren sie weiterhin ihr System, welches auf Veruntreuung und Korruption besteht.

Wann kommt der Tag, wo die skeptischen EU-Länder sich querstellen und nicht mehr zahlen? Bei diesem Monsterhaushalt stellt sich immer die Frage, wofür die EU ihre finanziellen Mittel einsetzt und wer davon am meisten profitiert.

Zudem verschulden sich diese Länder immer stärker an China. Die Chinesen bauen Brücken, Autobahnen, Häfen, Flughäfen, usw. Das muss alles einmal bezahlt werden. So finanziert China in Ungarn teure Infrastrukturprojekte. Also her mit dem Geld aus dem EU-Topf! So mancher dieser Haushalte ist mit über 20 Prozent an China verschuldet. Wie hoch ist der Preis, den China fordert?

Bisher schaut die neue Kommission der EU unter der Leitung von Ursula von der Leyen diesem Treiben einfach nur zu. Wer zurückblickt und sich anschaut, wie diese EU-„Regierung“ zustande kam, schüttelt nur den Kopf. Da wurde eine Frau gewählt, welche überhaupt nicht für EU-Bürger auf dem Wahlzettel stand. Mit Hilfe von Herrn Macron und Frau Merkel wurde eine Person einfach auf einen hohen Posten gehoben. Dabei spre-

chen alle von demokratischen Wahlen. Am Ende wurde Frau von der Leyen mit Stimmen des sogenannten Ostblocks gewählt. Alles hat seinen Preis, auch diesmal. Josef Karl, Kelsterbach

Die PiS will die Grenzen der EU testen

Von der Leyen sagt, es steht folgender Vertragstext geschrieben, zum Verhältnis der Mitglieder zur EU. Polen aber antwortet, dass für die Polen nur gilt, was im Land selber an Vertrag und Verfassung geschrieben wurde. Daher ist der Vertrag mit der Europäischen Union gebrochen.

Polen folgt damit dem Beispiel der Brexiteers und Tories in England. In den Entwicklungen der Europäischen Union, beispielsweise durch das Land Polen oder auch durch Ungarn, werden ständig die Regeln und Gesetze der EU gebrochen. Dabei gibt Polen auch noch ein schlechtes Beispiel vor. Da es mit Vorsatz geschieht, durch die PiS Regierung, sehe ich solches – als bewusste Vorbildfunktion Polens. Bei der Haltung Polens zur Gerichtsbarkeit, aber auch zur Migration, ist dieser Vorsatz erkennbar, den schlechten Beispielen weitere schlechte Beispiele folgen zu lassen. Die PiS will Grenzen und Geduld der EU testen.

Stefan Vollmershausen, Dreieichen